Günter Grzega zur Debatte im TK „Schuldenberg der Stadt Treuchtlingen“

Die Leserbrief-Debatte und auch Artikel der TK-Redaktion zum Treuchtlinger „Schulden-Thema“ fokussieren sich immer mehr auf den Einzel-Aspekt „Sparen“. Eine recht eingeschränkte Sicht auf Kommunalpolitik, offenbar verstärkt durch den neoliberalen Ansatz, dass der Staat sich gefälligst aus der „Wirtschaft“ raushalten und Sozialausgaben kürzen soll. Tatsache ist jedoch, dass man die Denkweise für die volkswirtschaftlichen Sektoren Private Haushalte und Unternehmen, also betriebswirtschaftliches Verhalten, nicht auf gesamtwirtschaftliche/volkswirtschaftliche Erfordernisse übertragen kann. Wer so argumentiert, wird gesamtwirtschaftlich immer Schiffbruch erleiden.

Sicherlich hat Treuchtlingen derzeit ein Einnahmen-Ausgaben-Problem. Dies aber nur mit der simplen Forderung nach sparen, sparen und nochmals sparen als Lösung zu betrachten, verkennt die gesamtwirtschaftlichen Aufgaben einer Stadt und damit die Verantwortung der Bürgermeister und Stadträte. Dass Treuchtlingen verschuldet ist, muss man auch der Historie dieser Gemeine zuordnen.

Auch wenn die jüngeren Bürgerinnen und Bürger es nicht mehr wissen, bleibt es Tatsache, dass durch den Wegfall von weit über 1000 Arbeitsplätzen auf Grund des Rückzugs von Eisenbahn-Dienststellen die Struktur Treuchtlingens entweder neu aufgestellt oder die Stadt einem langjährigen Siechtum überlassen werden musste. Solche sterbenden Städte kann man sich aktuell im Original in einigen Gebieten der neuen Bundesländer anschauen.

Glücklicherweise haben unsere Alt-Bürgermeister Hans Döbler und Wolfgang Herrmann mit ihren Stadtratsgremien sich nicht zu der simplen Lösung hinreißen lassen, die wegbrechenden Einnahmen wegen des Bahn-Rückzugs durch „Sparen“ zu kompensieren. Unsere Stadt hätte dann vielleicht eine „schwarze Null“ im Haushaltsplan, aber eben vielleicht noch 8000 Einwohner, vor allem ältere Leute, die nicht mehr wegziehen wollen, um woanders bessere Wohn- und Lebensbedingungen zu finden.

Auch die handwerklichen Betriebe, die Einzelhändler, Gaststätten usw. Treuchtlingens hätten ganz andere Probleme, als mit dem aktuellen Kreditvolumen der Stadt. Und nicht vergessen: Unsere privaten Häuser wären kaum noch etwas wert! Das ist eben Volkswirtschaft. Wäre das sinnvoll? Nein, es wurde in den letzten Jahrzehnten mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, stets auch mit Krediten, der Strukturwandel Treuchtlingens von einer Eisenbahnerstadt hin zu einem lebens- und liebenswerten Wohn-, Arbeits- und Erholungsort vorangetrieben.

Dass hier auch auf die Möglichkeit „Bad Treuchtlingen“ hingearbeitet wurde, war sicherlich in den ersten Jahrzehnten keine utopische Idee, wurde aber vor allem durch nicht vorhersehbare Änderungen im Gesundheitswesen in Deutschlands (z. B. dramatischer Rückgang von Kur-Genehmigungen) konterkariert. Die Mehrheit der Bevölkerung begeisterte sich für diesen Weg, ja es gab sogar einen von vielen „Honoratioren“ Treuchtlingens gegründeten Bäder-Verein, um den Bau eines Wellen-Bads voranzutreiben und zu ermöglichen.

Jetzt ist es natürlich leicht, den Vertretern unserer Stadt vorzuwerfen, dass das Bad zu groß und zu kostspielig geworden ist. Die Forderung nach „Privatisierung“ ist dabei doch ein bisschen blauäugig, denn jeder, der sich mit Privatisierungen öffentlicher Aufgaben beschäftigt hat, weiß doch, dass Privatunternehmen einfach auf Höchst-Rendite ausgerichtet sind und nicht auf die Erfüllung der sozialen Erfordernisse der Kommunalpolitik. Wir werden deshalb keinen Investor finden, der sich nicht die finanziellen Risiken mit entsprechenden Garantien der Stadt vollständig abdecken lassen will.

Aber noch wichtiger ist die Tatsache, dass den Gemeinden nicht einmal die finanziellen Mittel für die sog. „Pflichtaufgaben“ vollständig zur Verfügung gestellt werden. Und noch wichtiger ist, dass für die „Soll-Aufgaben“ (nicht sachgerecht oft als „freiwillige Aufgaben“ benannt) die Finanzausstattung der Gemeinden völlig unzureichend ist.

Wäre es nicht höchste Zeit, solche wahnwitzigen Möglichkeiten, dass sich Finanz-Jongleure der Millionärsklasse durch abstruse Wertpapiergeschäfte sich eine einmal bezahlte Steuer mehrmals auf Kosten aller Bürgerinnen und Bürger zurückerstatten lassen, strafbewehrt zu unterbinden? Schaden dieser sog. Cum ex-Geschäfte: 12 Milliarden Euro. Oder wäre es nicht Zeit, Welt-Konzernen, die nur noch 1 Prozent Steuern in Deutschland zahlen, aber unsere ganze Infrastruktur, das Rechtswesen, die Polizei etc. nutzen, endlich Steuern abzuverlangen, wie sie unsere Treuchtlinger mittelständische Unternehmer zahlen? Schaden: rund 90 Milliarden jährlich! Die Ausstattung unserer Kommunen, marode Straßen, Universitäten, Schulen etc. wäre wahrlich kein Thema mehr.

Also, hier müssen wir Bürgerinnen und Bürger, Bürgermeister sowie die Stadträte aller Fraktionen bei diesen Themen uns politisch über die Parteigrenzen hinweg engagieren und entsprechenden Forderungen an die Landtags- und Bundestags-Abgeordneten sowie in diesem Wahljahr an alle Kandidaten für diese Ämter richten. Wer von diesen Politikerinnen und Politkern nicht an diese Themen herangeht, ist m. E. grundsätzlich nicht wählbar. Also erweitern wir doch einfach die einseitige Schuldendebatte um die genauso wichtige Komponente der dramatischen Unterfinanzierung der Aufgaben der Kommunen.

Übrigens: Sollte eine Gemeinde nur noch die sog. „Pflicht-Aufgaben“ als ihre Sache ansehen, dann kann man sowohl den Bürgermeister als auch den Stadtrat einsparen und dafür einen Inspektor der jeweiligen Staatsregierung als Stadt-Verwalter einsetzen.

Günter Grzega, Treuchtlingen, 20.02.2017